

Antrag 236/I/2025**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 235/I/2025 (Konsens)****Unsere Demokratie ist nicht kaufbar - Gegen den Einfluss von Tech-Milliardären!****1: Die Macht der Tech-Milliardäre**

In den letzten Jahren haben Tech-Milliardäre wie Elon Musk, Mark Zuckerberg und Shou Zi Chew eine beispiellose Machtposition in der digitalen Öffentlichkeit erlangt. Ihre Plattformen – X (ehemals Twitter), Meta (Facebook, Instagram) und TikTok – sind zu den zentralen Arenen des öffentlichen Diskurses geworden. Diese Konzentration von Einfluss in den Händen weniger Individuen stellt eine ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratie dar. Die Tech-Bosse nutzen ihre Kontrolle über digitale Infrastrukturen, um politische Debatten zu manipulieren, rechtsextreme Bewegungen zu fördern und demokratische Institutionen zu untergraben. Ihre Algorithmen bestimmen, welche Informationen Millionen von Menschen sehen, während ihre geschäftlichen Entscheidungen direkte Auswirkungen auf Wahlen und gesellschaftliche Diskurse. Wir sagen: Unsere Demokratie ist nicht kaufbar!

2: Systematische Beeinflussung sozialer Medien

Im Dezember 2024 veröffentlichte Musk einen Gastbeitrag in der "Welt am Sonntag", in dem er die AfD als "letzten Funken Hoffnung für Deutschland" bezeichnete. Er lobte die Positionen der Partei und stellte sie als "einzige Alternative zum politischen Establishment" dar. Diese offene Parteinahme eines der einflussreichsten Tech-Unternehmer der Welt für eine offene rechtsextreme und menschenfeindliche Partei ist nicht hinnehmbar! Noch gravierender war Musks Auftritt bei der AfD-Wahlkampfauftaktveranstaltung in Halle (Saale) im Januar 2025. Per Videoschaltte erklärte er vor tausenden Anhängern: "Die AfD hat meine volle Unterstützung – und die der Trump-Regierung." Diese direkte Einmischung eines ausländischen Milliardärs in den deutschen Wahlkampf zur Unterstützung einer rechtsextremen Partei stellt einen beispiellosen Vorgang dar. Die AfD nutzte Musks enorme Reichweite gezielt, um junge Wähler*innen mit Slogans wie "Make Germany great again" anzusprechen. Die Folgen dieser Unterstützung sind messbar und alarmierend. Eine Studie der TU München belegt, dass der X-Algorithmus AfD-Inhalte um 800% gegenüber Beiträgen der SPD priorisiert. Dies bedeutet eine massive Verzerrung des demokratischen Diskurses zugunsten rechtsextremer Narrative. Millionen von Nutzer*innen werden so täglich mit AfD-Propaganda konfrontiert, während kritische Stimmen systematisch marginalisiert werden. Die Allianz zwischen Tech-Bosse und rechtspopulistischen Politiker*innen wurde besonders deutlich bei Donald Trumps

48 Amtseinführung im Januar 2025. Elon Musk, Mark Zucker-
49 berg und TikTok-Chef Shou Zi Chew demonstrierten ihre
50 Unterstützung für den neuen Präsidenten, indem sie in
51 der ersten Reihe Platz nehmen. Dieses Bild ging um die
52 Welt und symbolisiert die unheilvolle Verschmelzung von
53 Tech-Macht und autoritärer Politik und wie Superreiche
54 direkt politische Macht ausüben und demokratische Pro-
55 zesse aushebeln.

56

57 **3: Hate Speech: Entgrenzung und Scheinlösungen**

58 Die Verbreitung von Hass und Hetze in sozialen Medi-
59 en hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen.
60 Betroffene müssen ein menschenverachtendes Verhalten
61 erleben und das Schlimmste daran: Ahndungen, effek-
62 tive Lösungen und Regulierungen bleiben aus. Täter*in-
63 nen werden nicht verfolgt und Betroffene alleine gelas-
64 sen. Statt dieses Problem entschieden anzugehen, haben
65 die Tech-Giganten oft nur Lippenbekenntnisse abgege-
66 ben und Maßnahmen ergriffen, die die Situationen för-
67 dern. Dies macht sie unzweifelhaft zu Mittäter*innen. So
68 hat Mark Zuckerberg im Januar 2025 angekündigt, Fak-
69 tenchecks bei Meta abzuschaffen und durch nutzerge-
70 nerierte "Community Notes" zu ersetzen. Dieses Modell,
71 das bereits auf X zu beobachten ist, öffnet der Verbrei-
72 tung von Desinformation Tür und Tor. Statt professionel-
73 le Faktenchecker*innen einzusetzen, die Falschinforma-
74 tionen identifizieren und kennzeichnen, sollen nun die
75 Nutzer*innen selbst entscheiden, was wahr ist und was
76 nicht. In der Praxis führt dies oft dazu, dass gut orga-
77 nisierte Gruppen – wie rechtsextreme Netzwerke – die
78 "Community Notes" kapern und ihre Sichtweise durch-
79 setzen. Zuckerbergs Ergänzung, dass die Stimmung auf
80 Meta-Plattformen "freundlich und positiv" bleiben solle,
81 steht im krassen Widerspruch zur Realität, da Nutzer*in-
82 nen täglich mit antisemitischen, rassistischen und dis-
83 kriminierenden Inhalten konfrontiert werden. Sein Ver-
84 such, die Verantwortung zu leugnen, ist untragbar, da er
85 durch Meta eine der einflussreichsten Positionen im Tech-
86 Sektor innehat. Auch unabhängige Journalist*innen wer-
87 den auch zur Zielscheibe von Hate Speech, was eine ohne-
88 hin unabhängige Berichterstattung weiter erschwert und
89 Journalist*innen einschüchtern. Besonders besorgniserre-
90 gend ist Metas Ankündigung, Moderations-Teams nach
91 Texas zu verlegen. Dies gefährdet den Schutz vor deutsch-
92 sprachiger Hetze massiv, da kulturelle und sprachliche
93 Nuancen verloren gehen. Die Auslagerung der Content-
94 Moderation in Länder mit schwächeren Arbeitnehmer*in-
95 nenschutz ist zudem ein Schlag gegen faire Arbeitsbedin-
96 gungen im digitalen Zeitalter.

97

98 **4: TikTok als Werkzeug rechter Narrati-** 99 **ve**

100 Die Plattform TikTok hat sich in den letzten Jahren zu

101 einem mächtigen Werkzeug für die Verbreitung rechts-
102 extremer Ideologien entwickelt. Besonders die AfD nutzt
103 die App gezielt, um junge Wählerinnen und Wähler zu er-
104 reichen und zu beeinflussen.

105 Die WDR-Dokumentation "Undercover in der TikTok-
106 Armee der AfD" hat schockierende Einblicke in die Stra-
107 tegien der Partei geliefert. Die AfD setzt auf emotiona-
108 le Kurzvideos, die komplexe politische Themen auf simp-
109 le, oft irreführende Botschaften reduzieren. Rassistische
110 Narrative werden in scheinbar harmlose Unterhaltungs-
111 formate verpackt, um die Hemmschwelle für die Verbrei-
112 tung zu senken. Besonders problematisch ist die Priorisie-
113 rung von AfD-Inhalten durch den TikTok-Algorithmus. Vi-
114 deos, die etwa die menschenverachtende "Remigrations"-
115 Forderung als "humane Lösung" darstellen, erreichen Mil-
116 lionen von Nutzer*innen. Dies führt zu einer Normalisie-
117 rung rechtsextremer Positionen und untergräbt den de-
118 mokratischen Diskurs. Die Verflechtungen von Tech-Bosse
119 und Politiker*innen wie Elon Musk und Trump ist gefähr-
120 lich. Nach Trumps Wahlsieg 2024 kam es zu einem folgen-
121 schweren Deal: Trump hob alle Restriktionen gegen Hass-
122 rede auf X auf. Im Gegenzug sicherte Musk zu, Trumps
123 Lügen über angeblichen Wahlbetrug nicht mehr als sol-
124 che zu kennzeichnen. Diese Absprache verdeutlicht, wie
125 Tech-Bosse ihre Plattformen als Machthebel für autori-
126 täre Politiker*innen instrumentalisieren. Die Aufhebung
127 von Hate-Speech-Richtlinien öffnet die Türen für Desin-
128 formation und Hetze. Gleichzeitig untergräbt die Weige-
129 rung, Falschaussagen zu kennzeichnen, die Integrität de-
130 mokratischer Prozesse. Die Folgen dieses Deals sind be-
131 reits sichtbar: Rechtsextreme Inhalte verbreiten sich un-
132 gehindert auf X, während Trumps unbelegte Behauptun-
133 gen über Wahlmanipulation Millionen von Menschen er-
134 reichen. Unsere Demokratie wird zugunsten von einfluss-
135 reichen Menschen niedergetreten.

136

137 **5: EU: Zwischen Regulierung und Kapitulation**

138 Bisher hat die EU keine spürbaren Maßnahmen unter-
139 nommen, um den Tech-Bossen entgegenzuwirken. Die
140 EU hat zwar den Digital Services Act (DSA) erlassen, der
141 die großen Plattformen in die Pflicht nehmen soll, gegen
142 Hasskriminalität im Netz wirksam vorzugehen und der
143 auch empfindliche Strafen für einen Verstoß vorsieht, al-
144 lerdings bleibt abzuwarten, ob die Kommission den DSA
145 auch konsequent umsetzt oder lieber in der Mottenkiste
146 verschwinden lässt. Ein großes Versagen der EU ist auch
147 der Umgang mit TikTok. Trotz Ermittlungen wegen mög-
148 licher Weitergabe von Nutzerdaten an chinesische Behör-
149 den gibt es bisher kein EU-weites Verbot oder strikte Auf-
150 lagen für die Plattform. Dies ermöglicht es der AfD weiter-
151 hin, TikTok als Propagandainstrument zu nutzen und jun-
152 ge Menschen mit rechtsextremen Inhalten zu erreichen.

153

Es braucht ein entschlossenes und koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene, damit die Macht der Tech-Bosse wirksam eingedämmt und der digitale Raum demokratisiert wird.

- EU-weite Sanktionen gegen Tech-Konzerne, die wiederholt rechtswidrige Inhalte hosten oder verbreiten. Dies könnte empfindliche Geldstrafen, aber auch temporäre Zugangssperren umfassen. Insbesondere müssen bereits bestehende rechtliche Möglichkeiten, insbesondere im Rahmen des DSA ausgeschöpft werden.
- Verpflichtende Kooperation mit unabhängigen Fact-Checking-Organisationen. Diese sollten durch eine Digitalsteuer finanziert werden, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten.
- Strikte Regeln für politische Werbung auf digitalen Plattformen, einschließlich Transparenzpflichten und Obergrenzen für Ausgaben.
- Förderung digitaler Medienkompetenz durch EU-weite Bildungsprogramme, um Bürgerinnen und Bürger besser gegen Desinformation und Manipulation zu wappnen.

6: Öffentlich-rechtlich statt Plattformkapitalismus

Konkret schlagen wir den Aufbau einer dezentralen, öffentlich-rechtlichen EU-Plattform vor. Diese Plattform soll nach dem Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ARD/ZDF) organisiert sein und dem Gemeinwohl verpflichtet sein. Statt Profitmaximierung stünden hier demokratische Werte, Meinungsvielfalt und der Schutz marginalisierter Gruppen im Vordergrund.

Wir fordern:

- eine klare und konsequente Regulierung von Tech-Konzernen im Sinne demokratischer Kontrolle, Transparenz und Gemeinwohlorientierung – verbunden mit einer gezielten Förderung europäischer Technologien und digitaler Innovation, damit faire Wettbewerbsbedingungen und technologische Souveränität in Europa entstehen können
- den Aufbau und die Unterstützung bestehender Projekte dezentraler, öffentlich-rechtlicher EU-Plattformen
- die Einführung eines verpflichtenden Transparenz-Registers für politische Werbung und Zielgruppen-Targeting
- Einführung drastischer Sanktionen für Plattformen bei Verstößen gegen Wahlfairness und politische Manipulation
- Eine Offenlegung der Algorithmen im Sinne der politischen Neutralität